

## Umfrage über Zugang zu Finanzmitteln

Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) im Euro-Währungsgebiet gaben in der jüngsten Umfrage über den Zugang von Unternehmen zu Finanzmitteln (SAFE) der Europäischen Zentralbank (EZB) per Saldo einen Umsatzrückgang an (minus 2 Prozent nach 20 Prozent in den vorangegangenen sechs Monaten). Erstmals seit Anfang 2014 wurde in der zweimal im Jahr durchgeführten Erhebung ein derartiger Einbruch verzeichnet. Die befragten Unternehmen meldeten zudem länder- und sektorübergreifend per Saldo eine drastische Verringerung der Gewinne (minus 15 Prozent nach minus 1 Prozent in der vorherigen Umfrage). Die Befragung der KMU bezog sich auf den Zeitraum von Oktober 2019 bis März 2020.

Die größten Sorgen bereitete den KMU im Eurogebiet weiterhin der Mangel an qualifizierten Arbeitskräften (was 24 Prozent der Befragten angaben nach vormals 28 Prozent), gefolgt von Schwierigkeiten bei der Kundenakquise (21

Prozent, verglichen mit 22 Prozent). Was den Zugang zu Finanzmitteln anbelangt, blieb der Saldo der KMU, die eine bessere Verfügbarkeit von Bankkrediten meldeten, zwar im positiven Bereich, sank jedoch von 10 Prozent auf 5 Prozent in der aktuellen Umfrage. Als Grund wurde die Kreditvergabebereitschaft der Banken angeführt (11 Prozent gegenüber 14 Prozent). Erstmals seit September 2014 sahen die KMU im Euroraum jedoch ihre eigene finanzielle Situation als Hindernis für ihren Zugang zu Finanzmitteln (minus 18 Prozent nach 5 Prozent).

Außerdem wurde mit einem seit März 2013 nicht mehr verzeichneten Saldo die Auffassung vertreten, dass sich die allgemeinen Wirtschaftsaussichten äußerst negativ auswirken (minus 30 Prozent nach minus 13 Prozent). Die Antworten der KMU zur erwarteten Verfügbarkeit von Außenfinanzierungsmitteln hält die EZB für hilfreich, um die möglichen Auswirkungen der Corona-Virus-Pandemie auf kurze Sicht einzuschätzen.

Per Saldo geht aus den Antworten hervor, dass die Erwartungen bezüglich der Verfügbarkeit von Bankkrediten im Euro-

gebiet deutlich gesunken sind (minus 11 Prozent gegenüber 4 Prozent), wobei der Rückgang in den einzelnen Ländern unterschiedlich stark ausfällt. So meldeten die kleinen und mittleren Unternehmen in Italien entsprechend dem Ausmaß der Covid-19-Pandemie in den verschiedenen Staaten per Saldo die stärkste Verschlechterung (minus 13 Prozent nach 9 Prozent), gefolgt von französischen und spanischen Unternehmen (minus 9 Prozent beziehungsweise minus 12 Prozent im Vergleich zu 8 Prozent beziehungsweise minus 1 Prozent).

Die aktuelle Erhebung enthielt zwei zusätzliche Fragen: Eine zu den wichtigsten Einflussfaktoren für die Preissetzung und eine zu den erwarteten Auswirkungen dieser Faktoren auf die Preise der Waren und Dienstleistungen, die von den KMU in den nächsten zwölf Monaten hergestellt werden. Als wichtigste Faktoren nannten die KMU im Euroraum die erwartete Nachfrage nach ihren eigenen Produkten und die Arbeitskosten, gefolgt von sonstigen Inputpreisen, den Preisen der Mitbewerber und den Marktanteilen. Mit Blick auf die Zukunft rechnen sie weiterhin mit einem verhaltenen

## Bestände des Eurosystems an Wertpapieren für geldpolitische Zwecke

Wertpapiere für geldpolitische Zwecke	Ausgewiesener Wert zum 1. Mai 2020	Veränderungen zum 24. April 2020		Ausgewiesener Wert zum 8. Mai 2020	Veränderungen zum 1. Mai 2020		Ausgewiesener Wert zum 15. Mai 2020	Veränderungen zum 8. Mai 2020	
		Käufe	Tilgungen		Käufe	Tilgungen		Käufe	Tilgungen
1. Programm zum Ankauf gedeckter Schuldverschreibungen	0,7 Mrd. €	-	-	0,7 Mrd. €	-	-	0,7 Mrd. €	-	-
Programm für die Wertpapiermärkte	38,5 Mrd. €	-	-1,6 Mrd. €	38,5 Mrd. €	-	-	38,5 Mrd. €	-	-
2. Programm zum Ankauf gedeckter Schuldverschreibungen	2,9 Mrd. €	-	-	2,9 Mrd. €	-	-	2,9 Mrd. €	-	-
3. Programm zum Ankauf gedeckter Schuldverschreibungen	277,7 Mrd. €	+0,1 Mrd. €	-0,3 Mrd. €	278,7 Mrd. €	+1,0 Mrd. €	-	279,7 Mrd. €	+1,0 Mrd. €	-
Programm zum Ankauf von Asset-Backed Securities	30,9 Mrd. €	+0,0 Mrd. €	-0,3 Mrd. €	31,0 Mrd. €	+0,0 Mrd. €	-	31,1 Mrd. €	+0,3 Mrd. €	-0,1 Mrd. €
Programm zum Ankauf von Wertpapieren des öffentlichen Sektors	2 189,3 Mrd. €	+9,5 Mrd. €	-10,2 Mrd. €	2 196,4 Mrd. €	+12,3 Mrd. €	-5,1 Mrd. €	2 207,3 Mrd. €	+11,3 Mrd. €	-0,4 Mrd. €
Programm zum Ankauf von Wertpapieren des Unternehmenssektors	207,1 Mrd. €	+0,0 Mrd. €	-0,1 Mrd. €	209,6 Mrd. €	+3,1 Mrd. €	-0,5 Mrd. €	212,0 Mrd. €	+2,7 Mrd. €	-0,4 Mrd. €
Pandemie-Notfallankaufprogramm	118,8 Mrd. €	+22,1 Mrd. €	-	152,9 Mrd. €	+34,2 Mrd. €	-0,1 Mrd. €	181,8 Mrd. €	+28,9 Mrd. €	-

Quelle: EZB



Preisdruck. Die Umfrage über den Zugang von Unternehmen zu Finanzmitteln („Survey on the Access to Finance of Enterprises“) dient dazu, Veränderungen der Finanzlage von Unternehmen aufzuzeigen sowie die Entwicklung des Bedarfs an und der Verfügbarkeit von Außenfinanzierungsmitteln zu dokumentieren.

Die aktuelle Erhebung wurde vom 2. März bis zum 8. April 2020 durchgeführt. Trotz der Schwierigkeiten, die sich aus der Ausbreitung des Corona-Virus in ganz Europa und den daraus resultierenden Störungen im Geschäftsbetrieb zahlreicher Unternehmen im Eurogebiet ergaben, konnte die Umfrage erfolgreich abgeschlossen werden. Die Stichprobe umfasste insgesamt 11236 Unternehmen im Euroraum, von denen 10287 (92 Prozent) weniger als 250 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigten.

## Erhöhung des Frauenanteils

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat am 14. Mai 2020 ein neues Programm angekündigt, um die Ausgewogenheit der Geschlechterverteilung auf allen Ebenen weiter zu verbessern. In der Strategie sind prozentuale Zielvorgaben definiert. Sie betreffen den jährlichen Anteil der Frauen, die neue und offene Stellen besetzen, sowie den Frauenanteil insgesamt auf unterschiedlichen Gehaltsstufen. Die Strategie deckt den Zeitraum bis 2026 ab und fällt damit in ihrer Gänze in die Amtszeit von EZB-Präsidentin Christine Lagarde.

Die neuen Zielvorgaben richten sich nun auch an Positionen unterhalb der Führungsebene, und zwar auf den Ebenen „Lead Expert“ (Gehaltsspanne H in der Vergütungstabelle der EZB), „Expert“ (F/G und G) und „Analyst“ (E/F). Demnach soll mindestens die Hälfte der neuen und offenen Stellen auf allen Ebenen mit Frauen besetzt werden. Bis zum Jahr 2026 soll der Frauenanteil auf den unterschiedlichen Ebenen auf 40 Prozent bis 51 Prozent steigen.

## Konsolidierter Wochenausweis des Eurosystems

Aktiva (in Millionen Euro)	24.4.2020	1.5.2020	8.5.2020	15.5.2020
<b>1 Gold und Goldforderungen</b>	<b>509838</b>	<b>509839</b>	<b>509839</b>	<b>509840</b>
<b>2 Forderungen in Fremdwährung an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets</b>	<b>360356</b>	<b>359707</b>	<b>359008</b>	<b>360300</b>
2.1 Forderungen an den IWF	83643	83639	83598	84540
2.2 Guthaben bei Banken, Wertpapieranlagen, Auslandskredite und sonstige Auslandsaktiva	276713	276068	275409	275760
<b>3 Forderungen in Fremdwährung an Ansässige im Euro-Währungsgebiet</b>	<b>150104</b>	<b>151628</b>	<b>153774</b>	<b>153058</b>
<b>4 Forderungen in Euro an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets</b>	<b>13738</b>	<b>12896</b>	<b>13844</b>	<b>12661</b>
4.1 Guthaben bei Banken, Wertpapieranlagen und Kredite	13738	12896	13884	12661
4.2 Forderungen aus Kreditfazilität im Rahmen des WKM II	0	0	0	0
<b>5 Forderungen in Euro aus geldpolitischen Operationen an Kreditinstitute im Euro-Währungsgebiet</b>	<b>911941</b>	<b>948852</b>	<b>963182</b>	<b>969918</b>
5.1 Hauptrefinanzierungsgeschäfte	157	266	346	266
5.2 Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte	911781	948585	962836	969653
5.3 Feinststeuerungsoperationen in Form von befristeten Transaktionen	0	0	0	0
5.4 Strukturelle Operationen in Form von befristeten Transaktionen	0	0	0	0
5.5 Spitzenrefinanzierungsfazilität	3	0	0	0
5.6 Forderungen aus Margenausgleich	0	0	0	0
<b>6 Sonstige Forderungen in Euro an Kreditinstitute im Euro-Währungsgebiet</b>	<b>40069</b>	<b>34370</b>	<b>31010</b>	<b>37257</b>
<b>7 Wertpapiere in Euro von Ansässigen im Euro-Währungsgebiet</b>	<b>3052390</b>	<b>3067887</b>	<b>3113447</b>	<b>3156486</b>
7.1 Zu geldpolitischen Zwecken gehaltene Wertpapiere	2846776	2865929	2910758	2954087
7.2 Sonstige Wertpapiere	205614	201958	202689	202399
<b>8 Forderungen in Euro an öffentliche Haushalte</b>	<b>23322</b>	<b>23322</b>	<b>23322</b>	<b>23322</b>
<b>9 Sonstige Aktiva</b>	<b>285284</b>	<b>286684</b>	<b>283574</b>	<b>282679</b>
<b>Aktiva insgesamt</b>	<b>5347042</b>	<b>5395184</b>	<b>5451001</b>	<b>5505521</b>
<b>Passiva (in Millionen Euro)</b>	<b>24.4.2020</b>	<b>1.5.2020</b>	<b>8.5.2020</b>	<b>15.5.2020</b>
<b>1 Banknotenumlauf</b>	<b>1329668</b>	<b>1334092</b>	<b>1339240</b>	<b>1343993</b>
<b>2 Verbindlichkeiten in Euro aus geldpolitischen Operationen gegenüber Kreditinstituten im Euro-Währungsgebiet</b>	<b>2133154</b>	<b>2188720</b>	<b>2262251</b>	<b>2237409</b>
2.1 Einlagen auf Girokonten (einschließlich Mindestreserveguthaben)	1801518	1826916	2007922	1968378
2.2 Einlagefazilität	331635	361803	254328	269032
2.3 Termineinlagen	0	0	0	0
2.4 Feinststeuerungsoperationen in Form von befristeten Transaktionen	0	0	0	0
2.5 Verbindlichkeiten aus Margenausgleich	1	1	0	0
<b>3 Sonstige Verbindlichkeiten in Euro gegenüber Kreditinstituten im Euro-Währungsgebiet</b>	<b>9408</b>	<b>9308</b>	<b>8138</b>	<b>8360</b>
<b>4 Verbindlichkeiten aus der Begebung von Schuldverschreibungen</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
<b>5 Verbindlichkeiten in Euro gegenüber sonstigen Ansässigen im Euro-Währungsgebiet</b>	<b>563893</b>	<b>534857</b>	<b>508933</b>	<b>576003</b>
5.1 Einlagen von öffentlichen Haushalten	435331	403841	382445	454973
5.2 Sonstige Verbindlichkeiten	128563	131016	126488	121030
<b>6 Verbindlichkeiten in Euro gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets</b>	<b>343387</b>	<b>360246</b>	<b>364871</b>	<b>369621</b>
<b>7 Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen im Euro-Währungsgebiet</b>	<b>7539</b>	<b>7499</b>	<b>8060</b>	<b>7853</b>
<b>8 Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets</b>	<b>6757</b>	<b>6668</b>	<b>6957</b>	<b>7138</b>
8.1 Einlagen, Guthaben, sonstige Verbindlichkeiten	6757	6668	6957	7138
8.2 Verbindlichkeiten aus der Kreditfazilität im Rahmen des WKM II	0	0	0	0
<b>9 Ausgleichsposten für vom IWF zugeteilte Sonderziehungsrechte</b>	<b>57945</b>	<b>57945</b>	<b>57945</b>	<b>57945</b>
<b>10 Sonstige Passiva</b>	<b>279130</b>	<b>279681</b>	<b>278604</b>	<b>281196</b>
<b>11 Ausgleichsposten aus Neubewertung</b>	<b>507111</b>	<b>507111</b>	<b>507111</b>	<b>507111</b>
<b>12 Kapital und Rücklagen</b>	<b>109050</b>	<b>109058</b>	<b>108891</b>	<b>108891</b>
<b>Passiva insgesamt</b>	<b>5347042</b>	<b>5395184</b>	<b>5451001</b>	<b>5505521</b>

Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen

Quelle: EZB

## Konsultation bezüglich Klima- und Umweltrisiken

Die EZB hat am 20. Mai 2020 im Rahmen eines Konsultationsverfahrens einen Leitfaden veröffentlicht, in dem erläutert wird, wie Banken ihrer Auffassung nach Klima- und Umweltrisiken im Kontext des derzeitigen Aufsichtsrahmens sicher und umsichtig steuern und Informationen zu diesen Risiken transparent offenlegen sollten. Die EZB fordert die Banken dazu auf, diesen Risiken Rechnung zu tragen, da sie Bestimmungsfaktoren der bestehenden Kategorien prudenzieller Risiken sind und beträchtliche Auswirkungen auf die Realwirtschaft und die Banken haben können. Der Leitfaden erläutert, wie Banken Klima- und Umweltrisiken nach Auffassung der EZB-Bankenaufsicht in ihren Rahmenwerken für Governance und Risikomanagement sowie bei der Festlegung und Umsetzung ihrer Geschäftsstrategie berücksichtigen sollten. Weiterhin wird in ihm beschrieben, dass die EZB von den Banken erwartet, dass sie durch eine verbesserte Offenlegung von Informationen zu Klima- und Umweltrisiken ihre Transparenz steigern.

Der EZB ist bewusst, dass Banken angesichts der Corona-Virus-Pandemie (Covid-19) mit beträchtlichen Herausforderungen konfrontiert sind. Auch wenn die unmittelbare Aufmerksamkeit der EZB derzeit der Pandemie gilt, strebt sie weiterhin an, die Steuerung und Offenlegung von Klima- und Umweltrisiken im Bankensektor voranzubringen. Mit dem Leitfaden soll das Bewusstsein der Branche für Klima- und Umweltrisiken gestärkt und die Steuerung dieser Risiken verbessert werden. Zudem soll der Leitfaden als Grundlage für den aufsichtlichen Dialog dienen. Banken sollten prüfen, ob ihre derzeitigen Verfahren in Anbetracht der Erwartungen sicher und umsichtig sind. Sofern Anpassungen erforderlich sind, sollten sie diese in Angriff nehmen.

Der Leitfaden wurde so konzipiert, dass er sich in den vom geltenden Unionsrecht und nationalen Recht gesetzten Rahmen einfügt. Im Einklang mit dem „Aktionsplan zur Finanzierung nachhaltigen

Wachstums“ der Europäischen Kommission und dem „Action Plan on Sustainable Finance“ der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde soll der Leitfaden die Banken bei der Vorbereitung auf die Steuerung von Klima- und Umweltrisiken gemäß den geltenden aufsichtsrechtlichen Bestimmungen unterstützen.

Der Leitfaden wurde in enger Zusammenarbeit mit den nationalen zuständigen Behörden erarbeitet und soll gewährleisten, dass hohe Aufsichtsstandards im gesamten Euroraum einheitlich angewendet werden. In das Dokument sind auch Erfahrungen eingeflossen, die sich aus Beurteilungen der aktuellen Verfahren der Banken und ihrer Ansätze in Bezug auf Klima- und Umweltrisiken speisen. Die Konsultation zum Leitfaden beginnt heute und endet am 25. September 2020. Der Leitfaden sowie eine Zusammenstellung von diesbezüglichen Fragen und Antworten können auf der Website der EZB zur Bankenaufsicht abgerufen werden. Nach Abschluss der öffentlichen Konsultation wird die EZB die eingegangenen Kommentare zusammen mit einer Feedback-Erklärung veröffentlichen. Die EZB geht davon aus, dass die Rückmeldungen zu diesem Konsultationsdokument einen wertvollen Beitrag zur Fertigstellung des Leitfadens leisten werden.

## EZB-Umfrage zu Kreditbedingungen

Vor dem Hintergrund der sich im späteren Verlauf des Berichtszeitraums Dezember 2019 bis Februar 2020 abzeichnenden Krise im Zusammenhang mit dem Corona-Virus (Covid-19) verschärften sich an den Märkten für wertpapierbesicherte Finanzierungen sowie für OTC-Derivate die preislichen und nichtpreislichen Kreditkonditionen für nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften, Versicherungsgesellschaften und Hedgefonds etwas. Die Kreditbedingungen für Banken und Staaten blieben aufgrund der sich verbessernden Liquiditätslage nahezu unverändert oder wurden etwas gelockert. Die Umfrageteilnehmer gingen jedoch davon aus, dass sich die Kreditbedingungen für alle Arten von

Geschäftspartnern, vor allem aber für Banken und Händler, in den kommenden drei Monaten deutlich verschärfen würden. Die Befragten meldeten zudem eine wesentliche Zunahme von Bewertungsstreitigkeiten mit Banken und Händlern.

Die Höchstbeträge und -laufzeiten für durch Euro-Wertpapiere besicherte Finanzierungen gingen weiter zurück; dies betraf insbesondere Finanzierungen, die mit bonitätsstarken Staats- und Unternehmensanleihen und gedeckten Schuldverschreibungen sowie – in geringerem Maße – mit Asset-Backed Securities besichert sind. Bei den meisten Sicherheitenarten erhöhten sich die Bewertungsabschläge. Allerdings verringerten sich die Finanzierungssätze/-aufschläge bei allen Arten von Sicherheiten außer Aktien, wandelbaren Wertpapieren und hochverzinslichen Unternehmensanleihen etwas.

Für den jüngsten dreimonatigen Referenzzeitraum meldeten die Befragten die stärkste Zunahme von Bewertungsstreitigkeiten seit Einführung der Umfrage im Jahr 2013. Hiervon betroffen waren alle Arten von Sicherheiten mit Ausnahme inländischer Staatsanleihen. Bei nicht zentral geclearten OTC-Derivaten aller Art erhöhten sich die Anforderungen für Einschusszahlungen, während sich die Liquiditäts- und Handelsbedingungen erheblich verschlechterten und die Bewertungsstreitigkeiten zunahmen.

Diese Umfrage enthielt einige Zusatzfragen mit einer längerfristigen Perspektive, die Aufschluss darüber geben sollten, wie sehr sich die Kreditrichtlinien verändert haben. Die Umfrageteilnehmer gaben an, dass die Konditionen für besicherte Finanzierungen und OTC-Derivate im Vorjahresvergleich per Saldo weitgehend unverändert blieben. Bei Hedgefonds und Investmentfonds wurden die Bedingungen leicht verschärft und bei Staaten, Banken und Händlern gelockert. Per Saldo wurden die Kreditrichtlinien für die besicherte Finanzierung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum entschärft; gleichzeitig wurden auch die nichtpreislichen Konditionen an den OTC-Derivatemarkten für die meisten Derivatarten etwas gelockert.